

Verordnung

zur Ergänzung der Bekanntmachung über Gerste aus der Ernte 1916. Vom 1. Dezember 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel I. Die Bekanntmachung über Gerste aus der Ernte 1916 vom 6. Juli 1916 in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 800) wird als § 43 folgende Vorschrift angefügt:

„Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.“

Artikel II. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 1. Dezember 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

über Festsetzung eines Uebernahmehöchstpreises für Auspendgerste. Vom 30. November 1916.

Auf Grund des § 7 der Verordnung über Futtermittel vom 5. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1108) in Verbindung mit § 1 der Bekanntmachung über die Errichtung eines Kriegsernährungsamtes vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 402) wird bestimmt:

Der Uebernahmepreis für Auspendgerste darf 200 Mark für die Tonne nicht übersteigen.

Berlin, den 30. November 1916.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes.

J. B. von Braun.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über die Verarbeitung von Obst vom 5. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 911) wird bestimmt:

§ 1. Die gewerbsmäßige Herstellung von Pflaumenmus aus frischen und aus gedörrten Pflaumen wird verboten.

§ 2. Diese Bestimmung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 27. November 1916.

Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung.

Tenge.

Bekanntmachung.

Die Kriegesgesellschaft für Sauerkraut m. b. H., Berlin, hat auf Grund von § 2 der Verordnung über die Verarbeitung von Gemüse vom 5. August 1916 mit Genehmigung des Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers bestimmt:

Der Absatz von Sauerkraut durch Hersteller ist bis auf weiteres verboten.

Berlin, 2. Dezember 1916.

Kriegesgesellschaft für Sauerkraut m. b. H.

Pöhlert.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Nbr. III b Tgb.-Nr. 23 506/7125.

Frankfurt a. M., 9. 12. 16.

Bekanntmachung.

Betr.: Lieferung von Kohlen, Holz und Brisketts.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (S. S. 451 ff.) und des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 wird hiermit für den mir unterstellten Corpsbezirk und — im Einvernehmen mit dem Gouverneur — auch für den Befehlssbereich der Festung Mainz folgendes verordnet:

§ 1. Insofern das Kriegsamt (Kohlenausgleich) einem Lieferer gegenüber die Lieferung von Kohlen, Holz und Brisketts als nicht erforderlich bezeichnet hat, wird ihm die Lieferung verboten.

§ 2. Mit Gefängnis bezw. Haft oder Geldstrafe wird nach Maßgabe der ringangs genannten gesetzlichen Bestimmung bestraft, wer dieser Verordnung zuwiderhandelt, sofern nicht nach allgemeinen Strafbestimmungen höhere Strafen verurteilt sind.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem 15. Dezember 1916 in Kraft. Die untergeordnete Kommandobehörde bestimmt den Zeitpunkt des Außerkraftwerdens.

Der stellv. Kommandierende General:
Niedel, Generalleutnant.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Nbr. III b Tgb.-Nr. 6950.

Frankfurt a. M., den 28. November 1916.

Bekanntmachung.

Die vollziehende Gewalt im Corpsbezirk des 18. Armeekorps — mit Ausnahme des Befehlssbereichs der Festungen Mainz und Koblenz — ist mit dem heutigen Tage auf mich übergegangen.

Der stellv. Kommandierende General:
Niedel, Generalleutnant.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Nbr. III b Tgb.-Nr. 22 181/6884.

Frankfurt a. M., den 21. November 1916.

Betr.: Polizeistunde und weibliche Personen in Wirtschaftsstellen.

Im Anschluß an meine Verordnung vom 27. April 1915 betr. Polizeistunde — III b 8826/3968 — bestimme ich auf Grund der §§ 4 und 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851:

1. Die in Wirtschaftsstellen tätigen weiblichen Personen, z. B. Kellnerinnen, Barmädchen, Artstinnen usw. sind der Polizeibehörde als solche von den Inhabern namhaft zu machen. Diesen Personen ist es verboten, sich zu den Gästen zu setzen oder von ihnen Getränk anzunehmen.

Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

2. Die Polizeibehörden sind berechtigt, für Wirtschaftsstellen, deren Betrieb dem Ganste der Reiztheit nicht entspricht, eine frühere Polizeistunde, wie die in der vorgenannten Verordnung verfügte, festzusetzen.

3. Die Inhaber der bezeichneten Lokale haben bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Polizeistunde, oder beim Dulden des unter 1. verbotenen Treibens die Schließung ihres Betriebes zu gewärtigen.

Der Kommandierende General:

als. Freiherr von Gall, General der Infanterie.

An Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises und Großh. Polizeiamt Gießen.

Von vorstehender Anordnung sind die Inhaber der Lokale zu verständigen und ist der Befehl zu überwachen.

Gießen, den 18. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Beschlagnahme von Zinnbedeln und freiwillige Ablieferung von Zinngegenständen.

Bei unserer Sammelstelle für beschlagnahmtes Zinn, Regierungs-Gebäude hier, Zimmer Nr. 22, können noch bis zum 23. Dezember l. J. von der Beschlagnahme nicht betroffene Es- und Trinkgeräte aus Zinn, nämlich:

Teller, Schüsseln, Schalen, Kumpen, Becher, Krüge, Kannen und Kumpen

freiwillig abgeliefert werden.

Andere Gegenstände aus Zinn, sowie aus anderem Material bestehende, mit Zinn übergossene Gegenstände, werden nicht angenommen.

Für jedes Kilogramm der freiwillig abgelieferten zinnernen Gegenstände werden 6,00 Mark vergütet.

Gießen, den 7. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachung ist ortsüblich zu veröffentlichen.

Gießen, den 8. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Die Bedienung der Stuten durch die Landgestütsbesitzer in 1917.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die

Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir setzen Ihnen hiermit darüber entgegen, wie viel Deckheine, Sechsen und Protokolle Sie voraussichtlich für das Jahr 1917 nötig haben.

Gießen, den 8. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Dömmert.

Betr.: Metallbeflagnahme.

**An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden
des Kreises.**

Es ist zu unserer Kenntnis gekommen, daß die meisten Großherzoglichen Bürgermeisterien die an die Kriegsmetall-Aktion-Gesellschaft in Berlin einzureichenden Meldungen über die noch vorhandenen ablieferungsfähigen Metallmengen (namentlich Kupfer) noch nicht vorgenommen haben.

Das Versäumte ist sofort nachzuholen, damit die Abnahme durch die Firma Vereinigte Getreidehändler G. m. b. H. in Gießen erfolgen kann.

Unter Hinweis auf unsere Umdruckverfügung vom 22. März 1916 sowie auf die Bekanntmachung vom 4. September 1916 (Kreisblatt Nr. 109) beauftragen wir Sie, außerdem hierher zu berichten, wie weit die Angelegenheit für Ihre Gemeinde nunmehr als geregelt angesehen werden kann?

Berichtsfrist 1. Januar 1917.

Gießen, den 9. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Maßgefäße.

Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 24. 11. 16 (Kreisblatt Nr. 154) wird mit Genehmigung Großh. Ministeriums des Innern vom 7. 12. 16. zu Nr. M. d. J. III. 23378 gemäß § 12 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 21. August 1916 über Maßverformung bestimmt, daß die Anfuhr von geschachtelten Gänsen aus dem Kreise Gießen ohne unsere Genehmigung verboten ist. Gemäß § 14 Ziffer 5 genannter Bekanntmachung des Reichskanzlers werden Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe können die Gänse, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Gießen, den 9. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

**An den Oberbürgermeister zu Gießen, die Großh. Bürger-
meisterien der Landgemeinden, das Großh. Polizeiamt
Gießen und die Großh. Gendarmerie des Kreises.**

Vorstehende Verordnung wollen Sie ortsüblich bekannt machen und den Befolg überweisen auch die Polizeibehörden entsprechend verständigen. Zuwiderhandlungen sind zur Anzeige zu bringen.

Gießen, den 9. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Nach Anhörung der Preisprüfungsstelle für die Provinz Oberhessen werden für Gänse und Enten folgende Höchstpreise festgesetzt:

Einkaufspreis für Gänse von 6 bis 10 Pfd.	M. 1.80
Einkaufspreis für Gänse von 10 bis 15 Pfd.	" 2.—
Kühere Maßgänse, gekocht, über 15 Pfd.	" 2.20
für Schlachtgewicht.	

Mit Kopf, jedoch ohne Schwannfedern, beim Verkauf lebender Gänse ermäßigt sich der Pfund-Preis um 20 Pfg. einschließlich Gefieder.

Verkaufspreis für Geflügelhändler an die Verbraucher.

Gänse von 6 bis 10 Pfd.	M. 2.—
Gänse von 10 bis 15 Pfd.	" 2.20
über 15 Pfd.	" 2.50

Für den Verkauf von Enten im Handel ist der Verkaufspreis um 20 Pfennig höher wie bei Gänsen.

Enten im Gewicht bis 3 Pfd.	M. 2.—
über 3 Pfd. Schlachtgewicht	" 2.20
Einkaufspreis.	

Die Verkaufspreise gelten mit 20 Pfg. Aufschlag gegenüber den Einkaufspreisen.

Gießen, den 9. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

**An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden
des Kreises.**

Vorstehende Preisfestsetzung wollen Sie ortsüblich bekannt machen.

Gießen, den 9. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Beflagnahme von Hundekeln von Biertrügen usw. sowie die freiwillige Ablieferung von Zinngegenständen.

Die Uebernahmepreise für die bei unserer Sammelstelle für Beflagnahmtes Zinn abgelieferten Zinngegenstände werden vom 15. Dezember lt. J. von unserer Preiskasse hier ausbezahlt. Die bei der Ablieferung der Zinngegenstände ausgestellten Anerkennungsscheine sind dabei vorzulegen.

Gießen, den 11. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

**An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden
des Kreises.**

Vorstehende Bekanntmachung ist alsbald ortsüblich zu veröffentlichen.

Gießen, den 11. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Seifen-Verbrauchsregelung.

Auf Grund der §§ 12, 15, 15a der Verordnung des Bundesrats über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 und vom 4. November 1915 (Reichs-Gesetzl. S. 607 und 728) sowie der hierzu erlassenen bestfälligen Ausführungs-Bekanntmachungen vom 5. Oktober und 6. November 1915 (Regierungsblatt S. 192 und S. 211) wird mit Genehmigung Großh. Ministeriums des Innern vom 16. November 1916 zu Nr. M. d. J. III. 21 934 für die Landgemeinden des Kreises bestimmt, wie folgt:

§ 1. Alle Geschäfte, die Seife, Seifenpulver oder sonstige fett-haltige Waschnittel an die Verbraucher unmittelbar abgeben, haben die am 15. November 1916 vorhandenen Bestände an solchen Vorräten schriftlich auf der örtlich zuständigen Großh. Bürgermeisterie anzuzeigen. Die bei den Gewerbetreibenden eingegangenen Seifenkartenschnitte sind allmonatlich — zum ersten Male am 1. Januar 1917 — in den drei ersten Tagen des Kalendermonats an die gleiche Stelle zurückzuliefern. Gleichzeitig sind die Neubezüge dieser Waren während des Monats — unter Vorlage der Rechnungen — anzumelden. Die Unterlassung dieser Meldungen zieht die ange-setzte Strafe nach sich.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfshundert Mark bestraft.

Gießen, den 9. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Langermann.

Betr.: Wie oben.

**An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden
des Kreises.**

Sie wollen die einschlägigen Geschäfte im Sinne obiger Bekanntmachung bedenken.

Gießen, den 9. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche.

Wir bringen zur allgemeinen Kenntnis, daß auf Grund der im Reichsanzeiger veröffentlichten Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche vom 1. ds. Mts. als verheerend zu gelten haben:

Die Bezirke: Potsdam, Frankfurt, Stettin, Pöstin, Stralsund, Bosen, Breslau, Magdeburg, Merseburg, Schleswig, Hannover, Hildesheim, Stade, Minden, Wiesbaden, Düsseldorf, Oberbayern, Niederbayern, Pfalz, Oberpfalz, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben, Chemnitz, Dresden, Mecklenburg, Schwarzburgkreis, Jagstkreis, Donaukreis, Mainkreis, Starkenburg, Oberhessen, Rheinhessen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Coburg, Gotha, Hamburg, Oberelb, Lohrungen.

Gießen, den 9. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Ober-Bessingen, Lkr. Traunagen.

In der Zeit vom 12. bis einschließlich 19. Dezember 1916 liegt werktags auf Großh. Bürgermeisterie Ober-Bessingen der Ausschlag der Zinsen für die Drainagekosten zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einsendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschlusses während der Offenlegungszeit bei Großh. Bürgermeisterie Ober-Bessingen schriftlich vorzubringen und zu begründen.

Friedberg, den 5. Dezember 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:
Schnitzpahn, Regierungsrat.

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 161

15. Dezember

1916

Stellvertretendes Generalkommando.

XVIII. Armee-Korps.

M. b. 21 926/6762. Frankfurt a. M., den 14. Nov. 1916.

Verordnung

Auf Antrag des Großherzoglich Hessischen Ministeriums des Innern in Darmstadt bestimme ich — im Einvernehmen mit dem Gouverneur der Festung Mainz — für das Gebiet des Großherzogtums Hessen:

Inhaber von Lustspieltheatern, Varietés, Kabaretts, Pantomimen und Schaubuden dürfen nur Schriftplakate an-schlagen oder ausstellen.

Das Anschlagen oder Ausstellen von Plakatl Bildern ist verboten.

Zwangsverhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen milderer Umstände mit Haft oder Geld-strafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden, an Großh. Polizeiamt Gießen und Großh. Gendarmerie des Kreises.

Auf die vorstehend veröffentlichte Verordnung des stellv. Generalkommandos sind die Besitzer fraglicher Unternehmungen ausdrücklich hinzuweisen, und der Befehl ist zu überwachen.

Gießen, den 5. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, an das Großh. Poli-zeiamt Gießen sowie an die Großh. Gendarmerie des Kreises und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Nachstehende Bekanntmachung, die Höchstpreise von - Rüben für den Groß- und Kleinhandel betr., ist alsbald ortsüblich zu veröffentlichen.

Gießen, den 14. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung

zur Ausführung der Verordnung über Höchstpreise für Rüben vom

28. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzl. S. 1204). Vom 12. Dez. 1916.

§ 1. Beim Verkauf von kleinen Speisemöhren, die zu Speise-zwecken gebaut sind (Karotten), durch den Erzeuger darf der Preis von 8 Mark für den Zentner nicht überschritten werden.

Der Preis schließt die Kosten der Beförderung bis zur Ver-ladestelle des Ortes, von dem die Ware mit der Bahn oder zu Wasser versandt wird, und die Kosten der Verladung ein.

§ 2. Bei dem Verkauf von Rüben durch den Großhandel dür-fen folgende Preise für den Zentner nicht überschritten werden:

- | | |
|---|----------|
| 1. bei Wasserrüben, Stoppelrüben, Verbstrüben unter Ausschluss der Teltower Rüben | 2, — Mk. |
| 2. bei Runkelrüben und Ruckerrunkeln unter Ausschluss der roten Rüben (rote Bete) | 2,30 " |
| 3. bei Kohlrüben (Wurken, Bodensohltrabi, Stedrüben) | 3, — " |
| 4. bei Möhren aller Art, mit Ausnahme der Karotten | 4,50 " |
| 5. bei Karotten | 9, — " |

Als Großhandel ist anzusehen bei der Ord.-Nr. 2 der Verkauf über 10 Zentner, bei der Ord.-Nr. 1, 3 und 4 der Verkauf über 1 Zentner und bei der Ord.-Nr. 5 der Verkauf über 25 Pfund. Die Preise gelten frei an die Verkaufsstelle des Kleinhändlers oder des Kellers des Verbrauchers.

Die Erzeuger erhalten bei dem Großhandel lediglich den für die Erzeuger festgesetzten Höchstpreis.

§ 3. Bei dem Verkauf durch den Kleinhandel dürfen folgende Preise für den Zentner nicht überschritten werden:

- | | |
|---|----------|
| 1. bei Wasserrüben, Stoppelrüben, Verbstrüben unter Ausschluss der Teltower Rüben | 2,70 Mk. |
| 2. bei Runkelrüben und Ruckerrunkeln unter Ausschluss der roten Rüben (rote Bete) | 3, — " |
| 3. bei Kohlrüben (Wurken, Bodensohltrabi, Stedrüben) | 4, — " |
| 4. bei Möhren aller Art, mit Ausnahme der Karotten | 5,20 " |
| 5. bei Karotten | 10, — " |

Als Kleinhandel ist anzusehen bei Ord.-Nr. 2 der Verkauf bis zu 10 Zentner einschließlich bei Ord.-Nr. 1, 3 und 4 der Verkauf bis zu 1 Zentner einschließlich und bei Ord.-Nr. 5 der Verkauf bis zu 25 Pfund einschließlich.

Die Preise verstehen sich ab Verkaufsstelle des Kleinhändlers oder ab Markt.

Liefert der Erzeuger auf dem Markt oder frei Keller des

Verbrauchers, so kann er die im § 2 festgesetzten Höchstpreise be-an-spruchen.

§ 4. Verträge, die vor Festsetzung der in den §§ 2 und 3 festgesetzten Höchstpreise zu höheren als den in den genannten Paragraphen angegebenen Preisen abgeschlossen und noch nicht erfüllt sind, sind ungültig.

§ 5. Für ausländische Rüben der in § 1 der Verordnung vom 26. Oktober 1916 genannten Art, die durch die Reichsstelle für Gemüse und Obst oder ihre Beauftragte in den Verkehr ge-bracht werden, gelten die festgesetzten Höchstpreise nicht.

Tarmstadt, den 12. Dezember 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Homberg.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir beauftragen Sie, in allen Fällen, in denen der Antrag-steller, der bereits seit 1. Oktober l. J. eine Hauschlachtung vorgenommen hat, eine weitere Schlachtung beantragt, die frühere Schlachtung deutlich mit der genauen Angabe des Datums der Schlachtung und des Lebendgewichts auf dem Antrag zu vermerken. Diese Anträge sind mit der Bezeichnung „zweite Hauschlachtung“ zu versehen.

Gießen, den 12. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Förderung der Ziegenzucht.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Diejenigen von Ihnen, welche auf unsere Verfügung vom 16. August 1916 (Kreisblatt Nr. 101 vom 24. August 1916) noch nicht berichtet haben, werden an die Erledigung derselben binnen drei Tagen erinnert.

Gießen, den 12. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Die fünfte Kriegsanleihe.

An die Schulvorstände des Kreises.

Soweit Sie noch mit Erledigung der Verfügung vom 24. Ok-tober 1916 (Kreisblatt Nr. 136) im Rückstande sind, werden Sie daran mit Frist von 3 Tagen erinnert.

Gießen, den 9. Dezember 1916.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Einfendungen von Vöhen.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die Einfendung nachstehend aufgeführter Vöhen wird bei allen Bürgermeistereien, die hiermit noch im Rückstande sind, in Erinne-rung gebracht. Frist 14 Tage.

1. Gerste-Verteilungsliste (Rehl, Graupen uho.), Tag der Verfä-gung: 27. Juli 1916 (Kreisblatt Nr. 85), 8. August 1916 (Kreis-blatt Nr. 93);
2. Gerste-Verteilungsliste, Tag der Verfügung: 9. September 1916 (Kreisblatt Nr. 116);
3. Drehsliste, Tag der Verfügung: 27. Juli 1916 (Kreisbl. Nr. 84);
4. Sakerente-Biste, Tag der Verfügung: 29. August 1916 (Um-bruchverfügung betreffend Sakerlieferung für das Meer);
5. Winterform, Tag der Verfügung: 7. Oktober 1916 (Kreisblatt Nr. 124), 20. November 1916 (Kreisblatt Nr. 151).

Gießen, den 12. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Maßgefäßel.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Auf verschiedene Anfragen hin wollen Sie ortsüblich bekannt machen, daß die Ausfuhr von Gansen, lebend oder geschlachtet, aus dem Kreise Gießen von unserer Genehmigung abhängig ist.

Gießen, den 24. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Fesörügeverfahren.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die Fesörügeregister sind bis spätestens zum 26. d. Mts. an die Herren Amtsanwälte einzusenden. Einhaltung des Termins wird ihnen zur Pflicht gemacht.

Gießen, den 11. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Gewerbe-Legitimationskarten.

An die Grohh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises und das Grohh. Polizeiamt Gießen.

Nach § 44 der Gewerbeordnung Warenbestellungen aufsucht oder Waren ankauft, bedarf hierzu einer Legitimationskarte, welche nach § 44 a der Gew.-Ord. für die Dauer des Kalenderjahres erteilt wird. Sie wollen die Interessenten, welche ihren Geschäftsbetrieb im Jahre 1917 fortzusetzen oder zu beginnen beabsichtigen, durch wiederholte ortsübliche Bekanntmachung auffordern, ihre Anträge auf Erteilung der Legitimationskarte bei Ihnen jetzt schon und so zeitig zu stellen, daß sie zu Anfang des nächsten Jahres im Besitz der erforderlichen Legitimationskarten sein können. Die Anträge wollen Sie uns, unter Benützung des von uns durch Ausschreiben vom 25. Januar 1906 — Amtsblatt ohne Nummer — vorgeschriebenen Formulars, baldigst vorlegen.

Zur Erstattung des Berichtes ist die Bürgermeisterei des Niederlassungsortes der Firma zuständig, in Gießen Grohh. Polizeiamt.

Die Beantwortung der in dem Berichtes vorgesehenen Fragen ist auf genaueste vorzunehmen, damit eine Rücksendung zur vervollständigung vermieden wird.

Für Erteilung der Legitimationskarte ist nach Tarif Nr. 49 des Urkundenstempelgesetzes ein Stempel von 5 Mark zu verwenden, welcher Betrag vor Erteilung zu entrichten ist. Sie wollen auf Seite 1 des Berichtes angeben, ob die Einzahlung des Betrags gleichzeitig mit demselben und auf welche Art (durch Ueberbringer oder Postzahlung) erfolgt.

Die Einzahlung durch Postanweisung hat frei von Porto und Bestellgeld zu erfolgen.

Gießen, den 18. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Demmerde.

Betr.: Die Ausstellung von Wandergewerbescheinen.

An die Grohh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises und das Grohh. Polizeiamt Gießen.

Nach § 60 der Gewerbeordnung die Wandergewerbescheine für die Dauer des Kalenderjahres zu erteilen sind, wollen Sie alle, Personen, welche den Gewerbebetrieb im Jahre 1917 fortzusetzen oder zu beginnen beabsichtigen, durch wiederholte ortsübliche Bekanntmachung auffordern, ihre Anträge auf Erteilung eines Wandergewerbescheins jetzt schon, und zwar so zeitig zu stellen, daß sie zu Anfang des nächsten Jahres im Besitz der Scheine sein können. Die eingehenden Anträge sind uns unter Benützung des vorgeschriebenen Formulars, auf welchem am Kopfe das Jahr, für welches der Schein begehrt wird, angegeben ist, baldigst vorzulegen.

Alle, schon gebrauchte Wandergewerbescheine sind nicht mit vorzulegen.

Die Beantwortung der gestellten Fragen ist von Ihnen so eingehend zu vollziehen, daß Rückfragen und damit Verzögerungen in der Ausstellung vermieden werden. Eine Beantwortung wie „unbekannt“ hat zu unterbleiben, es sind vielmehr die erforderlichen Ermittlungen von Ihnen vorzunehmen.

Den Anträgen auf Verleihung von Druckschriften ist ein Verzeichnis derselben in doppelter Ausfertigung beizufügen.

Nach der Bekanntmachung des Reichsanzeigers vom 4. März 1912 — Reichsgesetzblatt Seite 189 ff. — ist in die Wandergewerbescheine eine Photographie des Inhabers einzufügen. Wir verweisen auf unser Ausschreiben vom 12. Oktober 1912 (Kreisblatt Nr. 80). Die Photographie ist in Visitenkartenformat aufgezogen bei Stellung des Antrags auf Ausstellung eines Wandergewerbescheins beizubringen. Sie muß ähnlich und gut erkennbar sein, eine Kopgröße von mindestens 1,5 Zentimeter haben und darf in der Regel nicht älter als fünf Jahre sein. Sie ist zu erneuern, wenn in dem Aussehen des Gewerbetreibenden eine wesentliche Veränderung eingetreten ist.

Bei gemeinsamen Wandergewerbescheinen genügt die Photographie des Unternehmers, wenn ein Unternehmer nicht vorhanden ist, die eines Mitgliedes.

Auf der Rückseite der Photographie ist die Persönlichkeit des Antragstellers sofort genau zu vermerken, damit Verwechslungen vermieden werden.

Gleichzeitig machen wir Sie nochmals besonders auf die Vorschriften der §§ 82 ff. der Ausführungsverordnung zur Gewerbeordnung vom 20. März 1912 (Regierungsblatt Seite 48 ff.) aufmerksam. Anträge auf Erteilung von Wandergewerbescheinen sind nach Regierungsblatt 1912 Seite 131 zu behandeln und die Verhältnisse, insbesondere die gestellten Fragen wegen etwaiger Beschränkungen des Antragstellers und der Begleiter gewissenhaft und erschöpfend zu beantworten. Die Personalbeschreibung ist, wo dies ohne besondere Weitläufigkeiten ausführbar ist, stets durch persönliche Vernehmung festzustellen.

Hat der Antragsteller erst im laufenden Jahre seinen Wohnsitz in Ihrer Gemeinde genommen, so ist, sofern nach Lage der Sache die Möglichkeit mißbräuchlicher Verwendung des Wandergewerbe-

scheins nicht ausgeschlossen erscheint, durch Nachfrage bei der Polizeibehörde des früheren Wohnorts festzustellen, ob dem Antragsteller bereits ein Wandergewerbeschein erteilt war.

Bei allen Anträgen auf Erteilung von Wandergewerbescheinen zum Feisel- und Schirmsticken, zum Herbeihandel und zu Gewerbebetrieben, die unter § 55 Biffer 4 der Gewerbeordnung fallen (Kunststreicherei, Kinematographen, Theater, Musikaufführungen usw.), sowie bei allen Anträgen inländischer Eigener hat die Prüfung jedoch stets nach Maßgabe des oben erwähnten Modells zu erfolgen.

Wegen der vorher zu regelnden Krankenversicherung der im Wandergewerbe beschäftigten Personen machen wir Sie auf nachstehende Bekanntmachung aufmerksam.

Die Formulare zur Berichtserstattung sind bei B. Meier, E. Baller in Gießen, sowie Trudereibesitzer Robert in Grünberg erhältlich. Zum Schlusse weisen wir wiederholt darauf hin, daß die ausgefertigten Wandergewerbescheine nunmehr von uns an die Finanzämter abgegeben und von diesen nach Verwendung des Urkundenstempels und nach Regelung der Wandergewerbesteuerfrage an die Gewerbetreibenden ausgehändigt werden. Letztere sind bei Entgegennahme der Anträge hierauf besonders aufmerksam zu machen und zu bedeuten, daß ihnen durch das für ihren Wohn- und Aufenthaltsort zuständige Finanzamt besondere Nachricht zur Abholung des ausgefertigten Wandergewerbescheins zugehen wird. An uns ist deshalb auch die Stempelabgabe für Wandergewerbescheine nach Tarif-Nr. 90 des Urkundenstempelgesetzes nicht mehr einzufenden. (Vergleiche Ausschreiben vom 3. Mai 1912 — Kreisblatt Nr. 36.)

Gießen, den 18. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Demmerde.

Betr.: Die Krankenversicherung der im Wandergewerbe beschäftigten Personen.

An die Grohh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises und das Grohh. Polizeiamt Gießen.

Entsprechend § 235 der Reichsversicherungsordnung sind die im Wandergewerbe Beschäftigten krankenversicherungspflichtig. Der § 459 Absatz 1 R.V.O. und § 16 der Bekanntmachung vom 22. September 1913 — Regierungsblatt Nr. 22 —, betreffend die Ausführung der Reichsversicherungsordnung, bestimmen, daß jeder Wandergewerbetreibende vor Stellung des Antrags auf Erteilung eines Wandergewerbescheins die in seinem Wandergewerbebetriebe Beschäftigten, soweit er sie von Ort zu Ort mitführen will, ihrer Zahl nach bei der zuständigen Landkrankenkasse anzumelden hat.

Demzufolge werden alle Wandergewerbetreibende in den Landgemeinden des Kreises Gießen hiermit aufgefordert, die in ihren Betrieben Beschäftigten und soweit sie von ihnen von Ort zu Ort mitgeführt werden sollen, bei der Landkrankenkasse des Landkreises Gießen vor Beantragung des Wandergewerbescheins als Mitglieder anzumelden.

Die Landkrankenkasse des Landkreises Gießen hat ihren Sitz in Gießen. Die Geschäftsräume befinden sich Kaiser-Allee Nr. 3, eine Treppe hoch.

Bei der Anmeldung hat der Arbeitgeber nach Bestimmung des Kassenvorstandes die Beiträge für die Zeit bis zum Ablauf des Wandergewerbescheins im voraus zu entrichten. Ueber die empfangenen oder gestundeten Beiträge stellt die Krankenkasse unter Angabe des Grundbetrags und des Wochenbeitrags eine Bescheinigung aus.

Beschäftigte, für die der Arbeitgeber über die angemeldete Zahl hinaus die Erlaubnis nach § 62 der Gewerbeordnung erst nach Empfang des Wandergewerbescheins nachsucht, hat er durch Vermittlung der für diese Erlaubnis zuständigen Behörde (Kreisamt) anzumelden.

In diesem Falle werden die Beiträge an das Kreisamt gezahlt und von dort der Landkrankenkasse übermittelt.

Wird der Schein oder die Erlaubnis zurückgenommen oder der Betrieb sonst eingestellt, so erstattet der Kassenvorstand auf Antrag die zuviel gezahlten Beiträge zurück, ebenso für volle Kalenderwochen, in denen nachweislich der Arbeitgeber die Personen nicht mit sich geführt hat.

Bei Beantragung eines Wandergewerbescheins ist der Großherzoglichen Bürgermeisterei die Bescheinigung der Krankenkasse über die empfangenen oder gestundeten Beiträge zur Vorlage an das Großherzogliche Kreisamt zu übergeben. Befürhen um Erteilung von Wandergewerbescheinen, die ohne Bescheinigung der Landkrankenkasse eingehen, wird nicht stattgegeben, da gemäß § 461 R.V.O. die Erteilung des Wandergewerbescheins von Vorlage der genannten Bescheinigung abhängig ist.

Die Grohh. Bürgermeistereien der Landgemeinden haben vorstehendes ortsüblich bekannt zu machen.

Gießen, den 18. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt (Versicherungsamt) Gießen.

J. B.: Demmerde.